

Merseburger Kreisblatt



Abonnementspreis: Vierteljährlich bei den Aus-
trägern 1,20 M., in den Ausgabestellen 1 M., beim
Vollbezug 1,50 M., mit Postgebühren 1,92 M. Die
einzelnen Nummern sind mit 15 Pf. berechnet. —
Die Expedition ist an Wochentagen von früh
7 bis abends 7, an Sonntagen von 8^{1/2} bis 9 Uhr
geöffnet. — **Sprechstunde** der Redaktion abends
von 6^{1/2} bis 7 Uhr — Telephonnr 274.

Inserationsgebühren: Für die 6 gespaltene Korpus-
zeile oder deren Raum 20 Pf., für Briefe in
Merseburg und Umgegend 10 Pf. Für periodische
und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung.
Komplizierter Satz wird entsprechend höher berechnet.
Notizen und Reklamen außerhalb des Inlandtarifs
40 Pf. — Sämtliche Annoncen-Bureau nehmen
Inserate entgegen. — Telephonnr 274.

Tageblatt für Stadt und Land

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikationsorgan vieler anderer Behörden.)

Verantwortlich: Rudolf Heine.

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Druck und Verlag von Rudolf Heine, Merseburg

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokal-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 153

Donnerstag, den 3. Juli 1913.

153. Jahrgang

Der erste Schritt zur Parlaments-Regierung.

Merseburg, 2. Juli.

Die große Wehrvorlage ist nun glücklich unter Dach, wovon alle Patrioten lebhaft Freude empfinden werden. Aber das nicht allein; auch die Mittel sind in Form der Wertzuwachssteuer mit bewilligt worden und können in der Art aufgebracht werden, daß die, welche um ihre Alltags-Existenz kämpfen müssen, nicht hart betroffen werden. Hoffentlich bringen die Wertzuwachssteuern in Wirklichkeit sowohl ein, wie man allgemein erwartet.

Somit könnte man an dem Zustandekommen der Vorlage seine aufrichtige Freude haben, wenn sie nicht zugleich der erste Schritt wäre, daß mit dem seit Bestehen des deutschen Reiches geltenden Prinzip, daß das Reich nur indirekte Steuern erhebt, während die direkten den Einzelstaaten verbleiben, gebrochen würde.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt zu der neuen Vorlage: Die Mehrheit des Reichstages ist nicht ohne Erfolg begierig gewesen die Grenze zwischen den Rechten der Regierung und des Reichstages zugunsten des letzteren zu verschieben. Der Reichstag hat dem Reichstanzler ein formelles Mißtrauens-
votum ausgesprochen und dadurch den ersten Schritt zur parlamentarischen Regierung getan. Der Reichstag hat zuletzt den verbündeten Regierungen in der Frage des Besitzergreifungsgesetzes seinen Willen aufgedrungen, obwohl das von der Mehrheit des Reichstages vorgeschlagene kurz vorher von der Regierung als unannehmbar bezeichnet wurde. Die Regelung des Besitzergreifungsgesetzes bedeutet tatsächlich und unbestreitbar eine Macht-
erweiterung des Reiches und des Reichstages gegenüber den Bundesstaaten. Sie bedeutet ferner eine überaus bedenkliche und gefährliche finanzielle Schwächung der Einzelstaaten. Der Bundesrat hat nicht die erforderliche Widerstandskraft bewiesen. Die Parteien des Reichstages sind mit Ausnahme der rechtsstehenden kühl und leichtfertig über diese Bedenken hinweggegangen. Wer diese und noch andere ähnliche Erfordernisse unberücksichtigt betrachtet, der wird zugeben müssen, daß das Reich sich auf einer abwärtsführenden Bahn befindet. Ein parlamentarisch regiertes Deutsches Reich ist völlig unmöglich; und die allmähliche Schwächung der Stellung und der Rechte der Einzelstaaten ist eine Gefährdung des Reichsgedankens und der Reichszukunft.

Halle, 1. Juli. Die „Hall. Ztg.“ schreibt u. a.: Der Kanzler hat, wie der Wortführer der Rechten (Graf Schwerin) hervor-

hob, nicht durchgehalten. Wir gleiten immer mehr dem Zustand entgegen, daß das Parlament regiert und der Bundesrat ihm nur die nötigen Vorarbeiten dazu leistet und die Unterlagen liefert, auch dann, wenn die Beschlüsse des Reichstages dem Wesen der Verfassung widersprechen, so daß wir augenblicklich den Standal erleben, daß eine bundesstaatliche Stimme, die Sachsen, ein „finis Germaniae“ prophezeit. Sie wird natürlich zum Schweigen gebracht werden. Preußen und sein allernächster Anhang im Bundesrat sehen sich genötigt, um des Reichstages willen die andersdenkenden Staaten zu majorisieren. Und die Sozialdemokratie lacht sich ins Fäustchen.

Der Wehrbeitrag.

Der Betrag, welcher für die neue Wehrvorlage zu entrichten ist, setzt sich zusammen aus dem Vermögen und außerdem aus dem Einkommen des Steuerpflichtigen.

Was die Vermögenssteuer betrifft, so hat der Steuerpflichtige bei einem Vermögen bis zu 50 000 M. 15 Pfennige für 100 M. zu entrichten, ergibt auf 1000 M. 1,50 M., für 50 000 M. mithin 75 M. Die Stala steigt alsdann. Zwischen 50 000 bis 100 000 M. sind 35 Pfennige für 100 M. zu entrichten, ergibt auf 1000 M. 3,50 M., somit auf 100 000 M. 350 M. Bei einem Vermögen von 100 000 bis 300 000 M. ist der Steuerfuß 70 Pfennige für 100 M., ergibt auf 1000 M. 7 M., auf 300 000 M. 2100 M. Die Stala steigt weiter: 500 000 M. Vermögen entrichten 85 Pfennige für 100 M., 1 Million M. Vermögen 1,10 M., 3 Millionen M. Vermögen 1,30 M., 5 Millionen M. Vermögen 1,40 M. für 100 M. an Steuer usw.

Außer der Vermögenssteuer wird das Jahreseinkommen von 5000 M. ab aufwärts herangezogen. Zunächst kommen 5% desjenigen Vermögens, das zum Wehrbeitrag steuert, wie oben angegeben, in Abzug.

Für den zu verbleibenden Rest haben zu verteuern: 5 bis 10 000 M. Einkommen 1%, 10 bis 15 000 M. Einkommen 1,2%, 15 bis 20 000 M. Einkommen 1,4% usw. Mehr als 500 000 M. Einkommen haben 8% zu verteuern. Wer also nach dem 5%igen Abzug für den Wehrbeitrag noch 5000 M. Jahreseinkommen übrig hat, zahlt davon 50 M. Steuer, besonders, wer 10 000 M. erübrigt, zahlt 120 M. besonders usw., wer 50 000 M. Jahreseinkommen hat, zahlt 40 000 M. besonders.

Ja jemand ein Vermögen von 120 000 M. und zieht daraus als Rentner 4800 M. Zinsen, so verteuert er nur den

Wehrbeitrag von 70 Pfennige für 100 M., also 840 M. Hat er indessen außer diesen 4800 M. Zinsen aus Vermögen noch ein Jahreseinkommen von 6000 M., so verteuert er nicht 210 000, sondern auf Grund des 5%igen Abzugs nur 114 000 M. Vermögen. 1000 M. zahlen in dieser Stufe 7 M. Steuer, mithin für 114 000 M. 798 M.

Dazu tritt nun die Steuer vom Jahreseinkommen, d. i. 4800 M. aus Zinsen und 6000 M. aus Einkommen, zusammen 10 800 M. In dieser Stufe sind 1,2% Steuer zu zahlen, ergibt 129,60 M. Zusammen zahlt er also 927,60 M.

Paris, 1. Juli. Der „Matin“ schreibt: Die gestrige Abstimmung bringt die Friedensstärke der deutschen Armee auf 900 000 Mann. Mit dieser ständig geübten, gegen alle Fälle gewappneten Armee befindet sich Deutschland im Zustande einer ständigen Mobilisation, die bei einem Konflikt ohne Zuhilfenahme seiner Reserven ihm gestattet, in ein fremdes Land einzufallen. Bisher kann in keinem Staat ihm auch nur annähernd eine derartige Militärmacht entgegengesetzt werden. „Echo de Paris“ schreibt: Am Ende der Sitzung schmetterte der Reichstanzler eine Friedensfanfare, als bereits die Worte: „Der Krieg ist auf dem Balkan ausgebrochen“ das Haus durchzitterten. Er sprach vom Frieden in einer von Willen durchdrungenen Atmosphäre. Der Reichstag hat in seiner kurzen zusammenfassenden Energie ein ergründendes Beispiel gegeben. Er hat gezeigt, daß hinter ihm ein Volk steht, das zu allen Opfern für seine Zukunft bereit ist. Schon wiederholt habe ich die Opferwilligkeit betont, die mich erregte und beunruhigte. Mit eigenen Augen habe ich in der gestrigen Sitzung den Willen des deutschen Volkes gesehen, sich zu einem gewaltigen Schlage zusammenzumun. Achtung! Die Zeiten sind ernst!

Die Landtagswahlen und die künftigen Aufgaben der konservativen Partei.

Von Wolfgang Eisenhart.
Der Angriff der liberalen Parteien auf den Besitzstand der Konservativen im Preussischen Landtage kann im wesentlichen nach dem Resultat der letzten Wahlen als abgeklungen gelten. Vor allem hat die Landbevölkerung gezeigt, daß sie tief zur konservativen Sache hält, daß die landwirtschaftlichen Kreise zum Klassenbewußtsein erwacht sind und den Lockungen des heutigen kapitalistischen Liberalismus kein Gehör mehr schenken. Auch in den Städten sind erfreuliche Fortschritte des konservativen Gedankens festzustellen.

Die Diamantenkönigin.

Roman von Erich Friesen.

Nach neun Monaten kehrten wir nach London zurück, wo ich in einer Vorstadt eine hübsche kleine Villa mietete. Nach ein Vierteljahr wollte ich hier mit meinem Weibe wohnen und dann nach Oxford zu meiner Tante zurückkehren, um sie nach und nach auf die Nachricht von meiner bereits erfolgten Vermählung vorzubereiten. Auch glaubte ich, jene mir verhasste Spibill Harrison sei längst wieder in New-York. Ich schrieb meiner Tante von London aus und kündigte ihr meine baldige Heimkehr an —
Du weißt nicht, mein Kind, daß ich als junger Mensch ein leidenschaftlicher Jäger war. Eines Tages ergriff mich ein unbeschreibliches Verlangen, einige mir bekannte Herren auf die Jagd zu begleiten. Deine Mutter beschwor mich, es zu unterlassen. Sie war eine ängstliche Natur und fürchtete, mich könne ein Unfall treffen. Ich lachte über ihre Angst und ging, ungeachtet ihrer Bitten. Ach, ich sollte sie nie wiedersehen —

Ihre Vorwarnung hatte sie nicht getäuscht. Ich stürzte über eine Baumwurzel und brach den Fuß. Man brachte mich in eine nahe Bauernhütte. Da es zu spät war, um meine Mutter noch an demselben Abend zu benachrichtigen, sandte ich erst am folgenden Morgen einen Boten nach dem nächsten Telegraphenamt mit einer Depesche, in der ich deine Mutter bat, zu mir zu kommen —

Sie kam nicht —
Ich telegraphierte zum zweiten mal. Ich schrieb an sie Vergebens. Mein Weib kam nicht und ließ auch nichts von sich hören —

Meine Aufregung war so groß, daß mein Fuß sich verschlimmerte. Trostdem bestand ich darauf, daß man mich, entgegen dem Verbot des mich behandelnden Arztes, nach

London schaffe. Ich mußte zu meinem Weibe und wenn es mein Leben gekostet hätte —

Doch welch schreckliche Nachricht erwartete mich dort! Das kleine Dienstmädchen, das uns die grobe Arbeit besorgte, reichte mir unter Tränen mit, Madame sei vor ein paar Tagen auf und davon — mit einem Herrn, der sie im Automobil abgeholt habe —

Ich wollte es nicht glauben. Ich schalt das Mädchen eine Lügnerin. Sie beharrte bei ihrer Aussage. Und da meine Mutter verschollen blieb, konnte ich schließlich nicht mehr an der Wahrheit ihrer Worte zweifeln —

Nach einem Monat kehrte ich nach Oxford zu meiner Tante zurück — ein um Jahre gealterter, gebrochener Mann. Daß ich jene Spibill Harrison noch vorand, berührte mich in meinem damaligen Gemütszustand wenig; ich war gänzlich apathisch geworden gegen alles, was um mich her vorging —

„Mein heißgeliebtes Weib hat mich betrogen! Sie ist eine Unwürdige!“ hämmerte es Tag und Nacht in meinem Kopf. Ach, war dem Wahnsinn nahe —

Weder mit meiner Tante, noch mit Spibill Harrison sprach ich von meinem Unglück. Tod und Begraben sollte das Andenken an die kurze Episode meines Lebens sein, die mir das höchste Erdenglück gebracht, aber auch das tiefste Leid —

Daß mich weder meine Tante, noch unser junger Gast nach dem Grund meines veränderten Wesens fragte, fiel mir in meinem damaligen Zustand völliger Gleichgültigkeit gar nicht auf; erst später sollte ich in furchtbarer Weise auf diese befremdende Tatsache aufmerksam gemacht werden —

Aber ein halbes Jahr verging. Spibill Harrison schien sich bei meiner Tante so wohl zu fühlen, daß sie gar nicht mehr vom Weibchen sprach. Gegen mich war sie von bestrickender Liebenswürdigkeit, ohne jemals durch einen Blick

oder ein Wort zu verraten, daß sie mich liebte —

Da erhielt ich eines Tages einen kurzen Kartenbrief von ungeübter Hand, mit dem Poststempel London. Mein Herz schlug zum Zerplatzen, als ich den Brief öffnete. Eine innere Stimme sagte mir, daß er Nachricht von ihr enthielt — von meinem Weibe, das ich nach immer leidenschaftlich liebte — trotz allem und allem —

Meine Ahnung hatte mich nicht getäuscht. Der Brief enthielt die kurze Mitteilung, daß mein Weib im Sterben läge und mich noch einmal zu sehen wünsche —

Der nächste Tag schloß mich nach London. Alles, was sie mir angetan, war vergessen. Mein Weib tot! Und sie verlangte nach mir! Mein Herz schlug ihr in leidenschaftlicher Erregung entgegen —

Ich traf deine arme Mutter nicht mehr lebend an. Sie war am Abend vorher gestorben, nachdem sie einem Mädchen das Leben gegeben —

Was ich empfand, als ich die bleichen, abgehärmten, im Tode sanft lächelnden Züge des Wesens erblickte, das mit kurzer Zeit der Himmel auf Erden gewesen — ach, mein teures Kind, laß mich darüber schweigen! Noch jetzt durchschauert es mich, wenn ich daran denke —

Ich blieb in London bis zur Beisetzung der Armen, die in tiefstem Elend gestorben war. Ich sorgte für ein anständiges Begräbnis, für Begleitung der kleinen Schulden, die sie während ihrer Krankheit gemacht, für Unterbringung des Kindes in einer Säuglingsanstalt. Dann reiste ich zurück nach Oxford.

(Fortsetzung folgt.)

Kiew, 1. Juli. Die südwestlichen Eisenbahnen sind durch Gewitter teilweise gerührt worden. Bei Wolostsch ist durch den Einbruch einer Brücke die Eisenbahnverbindung mit Österreich unterbrochen worden. Die russischen Postlager werden in Wolostsch, die österreichischen in Tarnopol zurückgehalten. Bei Tjheribonost ist die Strecke Amerinta-Odesa unterbrochen worden. — Durch heftige Stürme ist der Dampfschiffverkehr mit den Häfen des Schwarzen Meeres unterbrochen.

Und doch ist die Lage ernst, tiefernt. Gerade der verfloßene Wahlkampf hat enthüllt, mit welchen Schwierigkeiten die konservative Partei zu kämpfen hat und in Zukunft in immer gesteigertem Maße zu kämpfen haben wird.

Zunächst steht die städtische Bevölkerung besonders im westlichen Deutschland den Auffassungen der konservativen Partei vielfach noch völlig verständnislos gegenüber. Es gilt, hier erst einen Wall von Vorurteilen und falschen Vorstellungen niederzureißen. Bald gilt die konservative Partei als die einseitige Vertreterin „agrarischer“ Interessen, bald wird sie aufgefaßt als die Wortführerin der kirchlichen „Orthodoxie“, bald soll es die Partei der höheren Beamten und Streber sein. Oder es heißt, die Konservativen „gehen mit dem katholischen Zentrum durch die dichte und dünne“, sie sind stets bereit für Konzessionen an ihre „agrarische Begehrtheit“ den Jesuiten-Niederlassungen in Deutschland zu bewilligen, ja, sie heißt es, sie wollen „die Schule der Kirche ausliefern“. Sicher ist aber fast überall der Vorwurf zu hören: Die Konservativen haben kein Verständnis für die Aufgaben des modernen industriellen Lebens, sie stehen den großen modernen Problemen der Exportindustrie, des Weltverkehrs und der Weltpolitik ohne Verständnis und Sympathie gegenüber.

Diese Vorurteile gegen die Konservativen werden genährt durch eine machtlos entwickelte liberale Presse, welcher die konservative Partei bisher nichts Ähnliches hat an die Seite stellen können. Ja, selbst aus linksstehenden kirchlich-epangelischen Kreisen werden fortgesetzt ungerechte Verdächtigungen gegen die Konservativen verbreitet. Nimmt man nun hinzu, daß die liberale oder sozialdemokratisch denkende großstädtische Bevölkerung im beständigen Wachstum ist, die konservative Landbevölkerung aber stationär bleibt, so ist die Gefahr ungeheuer, daß die konservativen Parteien durch Sozialismus und Liberalismus immer mehr zurückgedrängt werden. Darum wird es der höchsten Anspannung aller Kräfte und der allerbüßigsten Agitation bedürfen, um den Bestizand der Konservativen zu behaupten. Daraus würden sich meiner Meinung nach folgende Aufgaben ergeben:

Erstens muß die Organisation der konservativen Partei noch kräftiger ausgebaut werden. Dazu gehört nicht nur die Förderung und weitere Entwidlung der bestehenden konservativen Vereine in den größeren Städten. Dazu gehört vor allem, daß man das Land und die kleinen Städte überzieht, mit einem Netz von Ortsgruppen; dazu gehören regelmäßige Parteierkennungen nicht bloß in den Kreisauptstädten, sondern auch für einen größeren Bezirk, der sich aus mehreren Wahlkreisen zusammensetzt. Mindestens einmal in jedem Jahre sollte in jeder Provinz ein großer Parteitag abgehalten werden mit genügend Gelegenheit zu weitefer Ausprache. Der Ausbildung von Rednern muß noch mehr Aufmerksamkeit wie bisher zugewendet werden; man sollte nicht alles immer nur von den Führern und Parteiführern erwarten.

Zweit wichtiger aber noch ist die Herausbildung einer konservativen Presse, die nach äußerlicher Ausdehnung es mit der liberalen aufnehmen könnte. Zwar an großen konservativen Zeitungen fehlt es nicht; was uns aber gegen den Liberalismus so außerordentlich in den Nachteil bringt, das ist das völlige Fehlen einer kleinen konservativen Lokalpresse, besonders im Süden und Westen Deutschlands. Man muß doch immer bedenken, daß der bei weitem größte Teil der Reichstags- und Landtagswähler überhaupt nur Lokalblätter liest. Diese haben aber in den Ländern westlich der Elbe einen durchaus liberalisierenden Zug. Auch die Kreisblätter haben vielfach die konservative Richtung früherer Zeiten längst nicht mehr. So werden ganze Wahlkreise tagaus tagein einseitig im liberalen Sinne durch die Presse beeinflusst. (In meinem Wahlkreis Raumburg-Weißfels-Zeit erscheint z. B. nicht ein einziges konservatives Blatt.) Bemühen sich auch manche dieser Lokalzeitungen einer gewissen Unparteilichkeit, so werden sie doch zuweilen nichts gegen die liberalen Parteien, an wenigstens gegen die nationalliberale Partei, die im Bürgertum immer noch große Sympathien besitzt, bringen. Eher leisten sich diese frei, unparteilichen Blätter schon einmal einen häßlichen Seitenblick auf die Konservativen. Darum nehmen diese Lokalblätter auch immer nur sehr ungern im konservativen Sinne geschriebene Artikel auf; sie kennen ihr Vorkommnis und wissen, was dieses gern hören will.

Darum ist die allerwichtigste Forderung, die unbedingt erhoben werden muß, wenn es mit der Sache der konservativen Partei vorwärts gehen soll, die Gründung einer konservativen Lokal- und Kreispresse. Ohne die Schöpfung einer solchen auch den ärmeren Klassen und besonders dem für den Ausfall der Wahlen so wichtigen Kleinbürgertum zugänglichen konservativen Lokalpresse wird die konservative Partei schwerlich den Angriffen von Liberalismus und Sozialismus in den Städten standhalten können. In jedem Wahlkreis sollte es mindestens eine konservative dort erscheinende Zeitung geben. Diese müßte in jeder Weise durch Beiträge und Inserate von der konservativen Bevölkerung unterstützt werden und wäre von dieser als Auktionsgesellschaft mit kleinen Anteilen oder als Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu gründen. Was andere Parteien können, müßte den Konservativen doch auch gelingen.

Nur die konservative Partei hat die Bedeutung einer eigenen kleinen Lokalpresse noch lange nicht genügend gewürdigt. Wer dafür wirkt, sieht nur allzu häufig auf die stumpfsinnige Unverständlichkeit; Es muß auch ohne den gehen. Das ist aber ein Verstum, der sich noch schwer rächen wird.

Weit bedeutungsvoller aber als die äußere Agitation ist die Bewältigung der großen inneren Aufgaben des heutigen Staatslebens durch die konservative Partei für deren Zukunft. So gesund die Grundgedanken der konservativen Partei sind, so bedürfen sie in unserem rastlos vorwärts stürmenden wirtschaftlichen Leben immer von Neuem der Anpassung an die fortwährend sich verändernden Formen unserer modernen Volkswirtschaft, an die immer neuen Probleme des weltwirtschaftlichen Verkehrs. Es gilt hier vor allem, das liberale Vorurteil zu entkräften, daß die konservativen Grundfäße sich nur eignen für die engen Verhältnisse des Ackerbauaates.

Es wird vielmehr darauf ankommen, nachzuweisen, daß gerade unter hochgefeigertes industrielles Leben mindestens ebenso sehr einen fräftigen Einschlag konservativer Gedanken bedarf, wie die stilleren und ruhiger sich entwickelnden Lebensformen der Landwirtschaft. Denn eine hochentwickelte Industrie, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten geschaffen haben, bringt zwar den Vätern gewaltigen Reichtum, aber sie entfesselt auch so gefährliche Kräfte, die mit Ruin und Zusammenbruch den Staaten drohen, daß für die ordnende und sichernde Tätigkeit einer konservativen Partei hier erst recht der Boden bereit liegt. Der Industriestaat bewirkt jene gefährliche Verschiebung der Bevölkerung, die das Land leert und ungeheure besitzlose Massen in Riesenfäden anhäuft; er entzündet die wilden, ziellosen Konkurrenzkämpfe, die auf ein gesundes soziales Leben der Völker geradezu gerrütend wirken. Der Industriestaat, indem er den Reichtum glücklicher Unternehmer der Armut und Dürftigkeit ungeheurer von ihnen abhängiger Massen gegenüberstellt, entfacht deren Begehrtheit und Klassenhaß. Er enthält stets die Gefahr, daß die Kräfte der abhängigen Lohnarbeiter mit revolutionären Gedanken sich erfüllen. Wohin wir in der Welt sehen, aber es bisher noch nirgends zu einem Friedenszustand der Menschen geführt, sondern überall zum Klassenkampf und angrißbereiten Sozialismus. Wie viel leichter läßt sich ein Friedenszustand in den einfacheren Verhältnissen der Landwirtschaft herstellen!

Auch in Deutschland hat der Industriestaat geradezu zerrütend auf den sozialen Frieden unseres Volkes gewirkt. Häufiger sieht das Arbeitermertum seinen kapitalistischen Vorkämpfern gegenüber. Von revolutionären Ideen erfüllt, wird es für den Staat selbst zu einer Gefahr und durchstreut überall durch Ausnutzung des ihm in so reichem Maße vom Liberalismus verliehenen Wahlrechtes den ruhigen Gang des Staatslebens. In manchen Staaten rückt bereits das vom Industriestaat erzeugte Arbeiterproletariat die düstere Prophezeiung des berühmten englischen Nationalökonom Malthus in den Vordergrund, daß alle Industriestaaten notwendig beim Kapitalismus enden müßten.

Wie tödlich ist solchen gefahrbringenden Erscheinungen gegenüber die landläufige Vorstellung, daß das industrielle Leben der Völker von den konservativen Parteien nichts zu erwarten und zu gewinnen habe! Gerade hier soll die eingreifende und ordnende Tätigkeit konservativer Parteien sich entfalten. Gerade hier soll die dem Egoismus bei Unternehmern wie bei Arbeitern im Interesse der Gesamtheit hemmende Schranken liegen. Sie soll die Schwachen schützen und die Starke bändigen; sie soll die Einflüsse des Großkapitals auf den Staat und seine Regierung verhindern, sie soll die Harmonie der Interessen sicher stellen, sie soll nicht dulden, daß wirtschaftliche Gruppen sich zur staatsgefährlichen Größe auswachsen. Sie soll dafür wirken, daß der Arbeitswille gegen Vergewaltigung geschützt wird, die seine Berufsgenossen ausbeuten, wie sie ihn verteidigen soll gegen die Ausbeutung durch gewinnlose Unternehmer. Die Art der Arbeitsleistung und die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter werden für eine gewissenhafte konservative Partei nicht minder immer ein Gegenstand erster Sorge sein, wie die große Aufgabe, auch das Werk der Unternehmer zu schützen vor trivoler Störung, aber auch gegen die zerstörenden Wirkungen einer falschen Wirtschaftspolitik.

Vom Balkan.

Merseburg, 2. Juli. Die Lage auf dem Balkan ist unklar. Direkt bedrohlich erscheint sie im Augenblick allerdings nicht, wohlgeachtet im Augenblick. Serbien sowohl wie Bulgarien, und auf diese beiden Staaten kommt es im derzeitigen Stadium der Dinge vornehmlich an, wollen das Schiedsgericht, das ihnen der Kaiser von Rußland freiwillig angeboten hat, annehmen. Das eröffnet für die nächste Zeit wenigstens friedliche Aussichten. Der Schiedspruch wird wahrscheinlich so ausfallen, daß beide Teile zufrieden sein können; denn wenn es dahin kommen sollte, daß unter den Balkanstaaten selbst Zwietracht entstände oder gar ein Krieg ausbräche, so müßte das für die Politik Rußlands von größtem Nachteil sein. Rußland hat ein Interesse daran, daß Bulgarien bei der Stange bleibt und nicht etwa zu Österreich oder zum Dreiebund abfchmet.

Es liegen bis zur Stunde nachstehende Meldungen vor: **Belgrad, 1. Juli.** Die Stupischina hat mit 82 gegen 69 Stimmen eine von dem Abgeordneten Nikschich vorgelegte Tagesordnung zugunsten der Zusammenkunft in Petersburg und des Schiedsgerichts des Zaren gebilligt.

Sofia, 1. Juli. Die bulgarische Regierung hat gestern abend dem russischen Gesandten eine Denkschrift, betr. das Schiedsgericht des Zaren in der serbisch-bulgarischen Streitfrage, überreicht.

Wien, 1. Juli. Die „All. Kor.“ meldet aus Djakowa: Alle in den letzten Monaten zur Orthodoxie konvertierten Albanen wurden vom Erzbischof in Prisrend feierlich in den Schoß der katholischen Kirche wieder aufgenommen. Der Forderung Österreich-Ungarns entsprechend ließ die montenegrinische Regierung die kirchliche Handlung ungehindert vor sich gehen.

Im Gegensatz zu den friedlich scheinenden Meldungen stehen die folgenden, denen wir allerdings keine allzu große Bedeutung beilegen möchten:

Ufen, 1. Juli. Nach einer Mitteilung des Ministers des Auswärtigen Coromilas wurde von der Regierung der Befehl gegeben, das in Saloniki stehende bulgarische Bataillon zu entlassen, das Griechenland unter den jetzigen Verhältnissen selbstverständlich nicht bewaffnete Feinde im Rücken seiner Armee dulden könne. Infolgedessen forderte der griechische Kommandant in Saloniki Kalaris die bulgarischen Offiziere und Soldaten auf, die Stadt innerhalb einer Stunde zu verlassen. Falls sie sich sofort den Anordnungen der Griechen fügen, würden ihnen ihre Waffen an der Grenze wieder zurückgestellt, andernfalls würden sie nach Ablauf der kurzen Frist einfach als Feinde behandelt werden. Die Frist war verstrichen, aber die Bulgaren trafen keine Anstalten zum Abzug. Darauf wurden sie mit Gewalt gezwungen, sich zu fügen.

Nach offiziellen Nachrichten kam es dabei zu außerordentlich heftigen Straßenkämpfen. Als die Bulgaren den Abzug verweigerten, gingen die Griechen zum Angriff vor und nahmen nach erbitterten Kämpfen die Häuser ein, wo die Bulgaren sich verschanz hatten. Die Bulgaren mußten trotz allen Widerstandes eine Position nach der anderen aufgeben. Zuletzt konnte auch die Sozialische, die den Bulgaren als Kaserne diente, durch die Griechen in unbeschädigtem Zustand besetzt werden. Alle bulgarischen Kasernen sind in diesem Augenblick in Händen der Griechen. Die Griechen hatten keine Verluste. — König Konstantin traf gestern vormittag von Tatoi in seinem Athener Palais ein und arbeitete lange mit Venizelos und dem Minister des Auswärtigen zusammen. Inzwischen liefen die ersten Nachrichten über die blutigen Zusammenstöße an den Grenzen ein. Der König eilte sofort nach Tatoi zurück und befohl, seine Abreise nach Saloniki für 3 Uhr nachmittags vorzubereiten.

Ufen, 1. Juli. Der Minister des Äußeren erklärte: Nachdem die bulgarische Regierung alle versöhnlichen Schritte Griechenlands durch wiederholten Vertragsbruch, Überschreitung der vor kurzem festgesetzten Grenze beantwortet und jetzt einen allgemeinen Angriff begonnen hat, hat die griechische Regierung nicht umhin gekonnt, den makedonischen Divisionen den Befehl zur Offensive zu erteilen. Damit ist der Krieg ohne formale Kriegserklärung entfesselt. Die Regierung wird heute in diesem Sinne in Sofia eine Erklärung abgeben. Griechenland liebt jede Verantwortung für den Krieg ab, was zweifellos erste Folgen haben wird. Die verschiedenen Besetzte dauern an, ihr Ergebnis ist noch unbekannt.

Sofia, 2. Juli. Der Generalstab erhielt im Laufe der Nacht Meldungen, in denen es heißt: Die Operationen gegen die Griechen sind bereits gestern im Laufe des Tages eingestellt worden, da die Griechen ihre Angriffe nicht wieder erneuert haben. Die Ergebnisse der gestrigen Kämpfe waren für die Griechen ungünstig, die nach einem heftigen Gegenangriff geschlagen wurden. Die Bulgaren haben sich in ihren neuen Stellungen verschanzet. Der an die bulgarischen Truppen er-gangene Befehl, das Vorgehen gegen die Serben einzustellen, ist erneuert worden. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Parlamentär entsandt, um den Serben vorzuschlagen, gleichfalls die Aktion einzustellen. Für den Fall, daß die Serben den Vorschlag zurückweisen und wieder zum Angriff vorgehen sollten, haben die Truppen Befehl, ebenso vorzugehen.

Belgrad, 1. Juli. Die bulgarischen Stellungen bei Jirip wurden von den serbischen Truppen mit dem Bajonett ertrümert und das zurückweichende bulgarische Heer noch 10 Kilometer weit verfolgt. Ebenso soll Kofchana erobert sein. Die Bulgaren wurden aus Gornjeli und Krioolat unter großen Verlusten vertrieben. Die serbische Regierung nahm den ihr ausgedrückten Kriegszustand an und wies das Oberkommando an, nach eigenem Ermessen der Lage selbständig vorzugehen. Die Entscheidung liegt also jetzt in den Händen des Oberkommandos. Gestern sind nach Asubik 3 Sanitätszüge für Verwundete abgegangen.

Belgrad, 1. Juli. Von amtlicher Seite wird gemeldet, daß die Nachricht, die Feindseligkeiten seien heute morgen unterbrochen worden, auf einem Irrtum beruhe. Die Kämpfe wurden im Gegenteil heute vormittag mit großer Heftigkeit fortgesetzt. Der Kampf wird auf der ganzen Front geführt. Die serbischen Truppen, die von den angreifenden Bulgaren aus der Defensivlage gedrängt wurden, rücken in der Richtung auf Jirip und Kofchana vor. Eine bulgarische Kompanie wurde bei einem Angriff gegen die serbischen Truppen bei Tragor von der serbischen Infanterie mit dem Bajonett zurückgeschlagen und unzingelt, worauf sie sich ergeben mußte.

Ausland.

Henri Rochefort †.

In Aix-les-Bains ist im Alter von 80 Jahren der ehemalige Herausgeber der „Lanterne“ zu Paris, Henri Rochefort, gestorben. Die heutige Generation kannte ihn kaum noch, aber in der Zeit von Ausbruch des deutsch-französischen Krieges war er ein viel gelebter und von Napoleon gefürchteter Journalist. Er hat zur Unterwühlung des Thrones Napoleons viel beigetragen.

Deutsches Reich.

Berlin, 1. Juli. (Hofnachrichten.) Aus Kiel wird unter heutigen gemeldet: Seine Majestät der Kaiser verließ nachmittags an Bord der „Hohenzollern“ und arbeitete allein. Zur Abendtafel waren Herzog Friedrich Ferdinand zu Holstein-Glücksburg und Gemahlin geladen. Nach 8 Uhr ging der Kaiser an Land, wo Publikum lebhaft begrüßt, und nahm an dem Herrensabend im Hotel „Marie-Luise-Bad“ in Bortig teil.

Zum Ableben des Grafen Kanitz.

Durch den Tod des Abg. Grafen Kanitz ist die erste Nachwahl zum neugewählten preußischen Landtage in Preußisch-Holland-Modrungen notwendig geworden. Dieses Mandat ist unbestrittener konservativer Besitz. Das Mandat für den Reichstag in Ragmit-Wiltallen ist jedoch gefährdet. Graf Kanitz erkreute sich im Wahlkreis großer Beliebtheit; es gelang ihm 1912 noch 10 032 Stimmen gegen 9180 Stimmen der Nationalliberalen und Sozialdemokraten zu erringen, so daß er mit 421 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt wurde. Die Nationalliberalen haben bereits 1912 große Anstrengungen gemacht, in die Stichwahl zu gelangen; sie werden diese Anstrengungen jetzt bei der Nachwahl verdoppeln. — Durch den Tod des Grafen ist auch der Vorfall der konservativen Reichstagsfraktion vakant. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß Graf Westarp aussersehen sei, den Fraktionsvorsitz im Reichstge zu übernehmen.

Provinz und Umgegend.

Cüben, 1. Juli. Heute sind 25 Jahre seit Gründung der hiesigen Schmiede-Fachschule verlossen. Mit derselben beehrt zugleich der Gründer, Herr Organist R. Gregor, sein 25jähriges Jubiläum als Lehrer an derselben. Ebenfalls 25 Jahre be-steht er in uneigennütziger Weise das Amt des Schriftführers der Schmiede- und Schlosser-Innung. Er ist während